



## NIEDERSCHRIFT

### **7. Gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Weiterstadt**

10. Legislaturperiode 2016/2021

<b>am</b>	19. Juni 2017
<b>im</b>	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
<b>Beginn</b>	19:45 Uhr
<b>Ende</b>	23:10 Uhr

**Anwesende:**

**SPD-Fraktion**

Enzmann, Andreas  
Fischer, Wilhelm  
Girardi, Donato  
Gürkan, Benjamin  
Harnischfeger, Lukas  
Keil, Kathrin  
Koch, Alexander Dr.  
Sausner, Barbara

**CDU-Fraktion**

Dürr, Ina  
Köhler, Lutz  
Mager, Marcus  
Sehlbach, Sebastian

**ALW-Fraktion**

Becker, Birgit  
Geertz, Matthias  
Petri, Heinz-Ludwig  
Pohl, Barbara Dr.

**FWW-Fraktion**

Moczygemba, Eugen  
Weldert, Kurt

**Präsidium Stadtverordnetenversammlung**

Dittrich, Manfred

**Magistrat**

Fischer, Willi  
Hamm, Udo Dr.  
Hasenauer, Josef  
Mager, Philipp  
Möller, Ralf  
Pohl, Edgar  
Reitz-Gottschall, Angelika  
Spätling-Slomka, Dorothea

**Ausländerbeirat**

Pennisi-Maniaci, Rosa

**Seniorenbeirat**

Deußner, Volker

**Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

Bogorinski, Erik  
Knell, Horst

**Schriftführung**

Wilhelm, Monika

**Verwaltung**

Ries, Markus  
Sauder, Beate  
Wigand, Klaus  
Zelege, Miriam

**Presse**

Darmstädter Echo: Wickel, Marc Dr.  
Wochenkurier: Strobel, Heike

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Kurt Weldert, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	<b>Drucksache</b>
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 24. April 2017	
2. Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Weiterstadt, Klein-Gerauer-Weg Information zur weiteren Beratung	10/0290/1
3. Statuserfassung zu den UN-Konventionen und Maßnahmenplan für die Gleichstellung für Menschen mit Behinderung	10/0091/3
4. Weitere Verbesserung der Kinderbetreuung in Weiterstadt und Beschleunigung bereits beschlossener Projekte; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW	10/0288
5. Konkrete Maßnahmen für die Verbesserung der Betreuungssituation in Weiterstadt; Antrag der CDU-Fraktion	10/0289

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 24. April 2017**

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

## **Tagesordnungspunkt 2**

### **Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Weiterstadt, Klein-Gerauer-Weg**

#### **Information zur weiteren Beratung**

#### **Drucksache : 10/0290/1**

Der Sachverhalt wurde am 30. Mai 2017 im Magistrat beraten. Die Drucksache wird gemäß § 10 der Geschäftsordnung direkt den Ausschüssen vorgelegt.

Der Bürgermeister erläutert eingangs die Vorlage der Verwaltung.

Dem Investor wurde Rederecht eingeräumt. Der Investor erklärt, dass ein Vertrag zwischen ihm und dem Landkreis über den Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte besteht.

Nach ausgiebiger Debatte besonders zur Höhe der Subventionierung, Einflussnahme auf Campusidee, städtebaulicher Alternativen und juristischer Einschätzungen wurden zwei Anträge zur Abstimmung gestellt:

#### *a) Änderungsantrag der ALW-Fraktion:*

Der Vertrag mit der ESG GmbH & Co KG wird wegen Nichterfüllung des vertraglichen Gegenstandes rückabgewickelt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

8	Ja-Stimmen	(4 CDU, 4 ALW)
10	Nein-Stimmen	(2 FWW, 8 SPD)

#### *b) Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion:*

Punkt 6: Falls der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. März 2016 nicht in Kraft treten kann, treten die Punkte 1-5 dieser Drucksache in Kraft.

#### **Abstimmungsergebnis:**

10	Ja-Stimmen	(2 FWW, 8 SPD)
7	Nein-Stimmen	(4 CDU, 3 ALW)

1 Vertreter der ALW-Fraktion hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

### **Die Ausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

1. Die Veränderung der Rahmenbedingungen zum Kaufvertrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Durch den Wegfall der Asylbewerberunterkünfte wird der Errichtung von 48 Wohneinheiten in drei Gebäuden auf dem Grundstück Klein-Gerauer-Weg, Flur 16, Nr. 52/11, zugestimmt.

3. Der Verkäufer verpflichtet sich, die Wohnungen zu einem Mietpreis von mindestens einem Euro pro m<sup>2</sup> unter der ortsüblichen Miete zu vermieten.
4. Der Stadt Weiterstadt ist ein Belegungsrecht über 20 Jahre für die Wohnungen einzuräumen.
5. Der Kaufpreis wird nicht mehr gestaffelt gezahlt, sondern ist einmalig in der vollen Höhe von 225,00 €/m<sup>2</sup> zu zahlen.
6. Falls der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. März 2016 nicht in Kraft treten kann, treten die Punkte 1-5 dieser Drucksache in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

10	Ja-Stimmen	(2 FWW, 8 SPD)
8	Nein-Stimmen	(4 CDU, 4 ALW)

**Tagesordnungspunkt 3**

**Statuserfassung zu den UN-Konventionen und Maßnahmenplan für die Gleichstellung für Menschen mit Behinderung**

**Drucksache: 10/0091/3**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 1. Juni 2017 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Zur Diskussion erhielt der Vorsitzende des Behindertenbeirates Rederecht.

*Ergänzungsantrag der ALW:*

Der Magistrat wird beauftragt konkrete Zeitlinien und finanzielle Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat und dem Behindertenbeauftragten zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Die beiden Ausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

Die Statuserfassung der Verwaltung zur UN-Behindertenrechtskonvention und der Maßnahmenplan werden zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat wird beauftragt, konkrete Zeitlinien und finanzielle Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat und dem Behindertenbeauftragten zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Der Ausschussvorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam auf. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

**Weitere Verbesserung der Kinderbetreuung in Weiterstadt und Beschleunigung bereits beschlossener Projekte; gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FWW  
Drucksache: 10/0288**

#### **Tagesordnungspunkt 5**

**Konkrete Maßnahmen für die Verbesserung der Betreuungssituation in Weiterstadt; Antrag der CDU-Fraktion  
Drucksache: 10/0289**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 1. Juni 2017 die Anträge zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Der Vorsitzende hat zur gemeinsamen Verständigung ein Arbeitspapier erstellt, in dem die vielschichtigen Unterpunkte beider Vorlagen in Themen – Cluster zusammengeführt sind.

Die Fraktionen einigen sich, diese Vorlage zu nutzen, um eine gemeinsame Beschlussempfehlung zu verhandeln und abschließend der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen.

#### **Die beiden Ausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

1. Die Planung und Umsetzung eines Neubaus auf dem Gelände der ehemaligen Schlossschänke (Villa Regenbogen) ist bereits in 2018 zu forcieren. Mittel sind im Haushalt 2018 einzustellen.  
Die bisherigen baulichen Prüfungen der Kita Turmstraße (alte Schlossschänke) sind vorzulegen. Nach Vorlage ist ein Ortstermin mit dem zuständigen Fachausschuss durchzuführen. Bei der Prüfung soll zudem ermittelt werden, ob im Rahmen des Neubaus auch eine räumliche Erweiterung möglich ist.
2. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, an welchen Standorten die Stadt Flächen hat, um KiTas/Krippen für mindestens 3 Gruppen, eine Grundschule oder ggf. sogar beides bauen zu können (z. B. Fläche nördlich des WoQuaz in Weiterstadt).  
Ferner soll der Magistrat prüfen, ob diese Kindertagesstätten von einem (privaten) Träger betrieben werden können.
3. Der Magistrat wird beauftragt, für den kommenden Haushalt 2018 weitere unbefristete Stellen im Betreuungsbereich einzuplanen, damit die Ausfallzeiten durch unbefristet eingestellte Kräfte ausgeglichen werden können.  
Des Weiteren sind die Hauswirtschaftsstellen separat im Stellenplan auszuweisen und nicht in den Personalschlüssel des Betreuungsbereiches mit einzurechnen. Der Schlüssel der Hauswirtschaftskräfte ist zu evaluieren, da seit der Implementierung von Hauswirtschaftskräften mehr Mittagessen in den Kitas genutzt werden.  
Auch ein Ausgleich der Integrationsstellen ist im Stellenplan vorzusehen.
4. Für zukünftige neue Kindertagesstätten wird eine Gruppengröße von 23 Kindern angestrebt.
5. Der Magistrat wird beauftragt neben dem Personalentwicklungskonzept Kita 2020 weitere finanzielle oder sonstige Anreize zu schaffen, um qualifizierte Erzieher/innen zu finden und zu erhalten. Möglich wären z.B. Jobtickets, die Bevorzugung bei der Vergabe von städtischen Wohnungen und verstärkte Fortbildungsangebote.
6. Der Magistrat wird beauftragt, mit Hilfe einer kleinen Werbekampagne auf die Erfolge unserer KiTas hinzuweisen und dadurch qualifiziertes Personal für offene Stellen zu finden. Ein Budgetvorschlag und Werbeidee/n werden im Rahmen der Haushaltsberatung vorgestellt.

7. Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen wie der Anteil der privaten Träger in der Kindertagespflege durch finanzielle oder andere Anreize (z.B. Bereitstellen von Räumen) erhöht, gefördert und gesichert werden kann. Den Tagesmüttern sollen bestimmte feste Platzkontingente für die Aufnahme Weiterstädter Kinder garantiert werden.
8. Der Magistrat wird beauftragt zu überprüfen, ob sich derzeit in den städtischen U3-Betreuungseinrichtungen Kinder von Familien befinden, welche nicht in Weiterstadt mit erstem Wohnsitz gemeldet sind. Solange es keine ausreichenden U3-Betreuungsplätze in Weiterstadt gibt, werden keine Kinder von Familien in den städtischen Einrichtungen von Weiterstadt aufgenommen, welche nicht ihren ersten Wohnsitz in Weiterstadt haben.
9. Der Magistrat wird beauftragt, bei Bund und Land öffentlich darauf hinzuwirken, dass die Kommunen mit der Finanzierung der Betreuungsaufgaben mehr unterstützt werden und zum Haushalt 2018 zusätzliche Personal- und Betriebskostenzuschüsse oder andere dauerhafte Finanzmittel bereitgestellt werden müssen, um den Gesetzesanspruch auf umfassende Kinderbetreuung zu gewährleisten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

Andreas Enzmann  
Vorsitzender

Kurt Weldert  
Vorsitzender

Monika Wilhelm  
Schriftführung